

Antrag

Bezirksregierung Arnsberg
Kompetenzzentrum für Integration
Dezernat 36
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

auf Gewährung einer Zuwendung die Ko-
ordinierung, Vernetzung und Qualifizie-
rung im Rahmen der Aufgaben des Pro-
gramms KOMM-AN NRW durch die Kom-
munalen Integrationszentren

Richtlinie für die Förderung Kommunalen Integrationszentren

Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstel-
lung, Flucht und Integration und des Ministeriums für Schule und Bildung

1. Antragsteller

Kommune:	
Anschrift:	Straße: PLZ/Ort:
Anschrift des KI:	Straße: PLZ/Ort:
Auskunft erteilt:	Name: Tel. (Durchwahl): Telefax-Nr.: Email:
Bankverbindung:	IBAN: BIC: Bezeichnung des Kreditinstitutes: HHst./ Kassenzeichen, Vertragskonto:

2. Maßnahme

Koordinierung, Vernetzung und Qualifizierung im Rahmen der Aufgaben des Programms KOMM-AN (gemäß Nr. 5.4.2.1)
durch nachstehende Fachkräfte gemäß Nr. 5.4.1.1 der RL:

Nr.	Vor- und Zuname	Beschäftigt als	im Zeitraum vom... bis... tätig	Stellenanteil im KI (v.H.) ¹	Besoldungs-/ Ent- geltgruppe und Stufe	Voraussichtliche Perso- nalausgaben ohne Ge- meinkosten entspr. des angegebenen Stellenan- teils und Beschäfti- gungszeitraums ²
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
Summe:						

Voraussichtliche Sachausgaben gemäß Nr. 5.4.2.2 der RL: €

¹ abhängig vom jeweiligen Vollzeitäquivalent. Der prozentuale Anteil, z.B. 75 v.H., der tatsächlichen Vollzeitstelle ist anzugeben.

² voraussichtliche Personalausgaben bezogen auf den angegebenen Beschäftigungszeitraum und Stellenanteil: Beamte = Bruttogehalt + max. 30% Versorgungszuschlag ohne Beihilfe, Angestellte/Beschäftigte = Bruttogehalt + Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers + Zusatzversorgung Rente (VBL) + Vermögenswirksame Leistungen + evtl. weitere (zu erläuternde) gesetzliche oder tarifvertragliche Verpflichtungen des Arbeitgebers.

Durchführungszeitraum von	bis	(max. bis zu einem Jahr)
Angabe über die organisatorische Einordnung des Kommunalen Integrationszentrums:		
☐ wie bisher		
☐ neu ab/ seit wie folgt:		

3. Beantragte Zuwendung

Zu den unter Nr. 2 des Antrags dargestellten Personalausgaben der aufgeführten Fachkräfte wird eine Zuweisung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt _____Euro beantragt.

Zu den unter der Nr. 2 des Antrags angegebenen Sachausgaben wird eine Zuweisung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt _____Euro beantragt.³

4. Erklärungen

Die Antragstellerin/ Der Antragsteller erklärt, dass

- 4.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird.⁴
- 4.2 die Steuerung des Projektes und die Verantwortung für das Projektergebnis in der Hand der kreisfreien Stadt/des Kreises liegt,
- 4.3 ein durch den Rat der Stadt bzw. durch den Kreistag – in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden – beschlossenes Integrationskonzept vorliegt,
- 4.4 mit den zur Verfügung gestellten Landesmitteln die kommunale Integrationsarbeit verbessert wird,
- 4.5 die im Antrag beantragten Mittel für Sachausgaben entsprechend der o.g. Richtlinie verwendet werden,
- 4.6 keine andere öffentliche Förderung beantragt wurde, keine Leistungen Dritter zu erwarten sind, keine alternativen Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und sie/er die Zuwendungen übersteigenden Ausgaben aufbringen wird/die Gesamtfinanzierung gesichert ist,
- 4.7 bei der Förderung gem. der RL
 - geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;

- die Verwaltungsausgaben einschl. der Reisekosten sowie die Ausgaben für Lehr-, Lern- und Projektmittel übernommen werden;
- sie/er an dem durch das von den zuständigen Ministerien vorgegebene Verfahren Fachdatenerhebung NRW und ggf. wissenschaftlichen Begleituntersuchungen mitwirkt;
- das von ihr/ihm betriebene Kommunale Integrationszentrum am Erfahrungstransfer und an überregionalen Aktivitäten der landesweiten Koordinierungsstelle und des Verbundes teilnimmt,

4.8 die Angaben in diesem Antrag (einschl. der Antragsanlagen) vollständig und richtig sind.

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(Name, Funktion)

Anlagen:

ggf. Kämmergeistellungnahme/ Erklärung der Kämmererei

³ Die Höhe der KOMM-AN Stellenanteile bemisst sich anhand der Einwohnerzahl der Kreise und kreisfreien Städte zum Stichtag 30. Juni 2022. ⁴ Gilt nicht für Fortführungsmaßnahmen.